Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

 $08.06.2016 \quad \textbf{Drucksache } 17/11\overline{829}$

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Unterrichtsausfall endlich reduzieren – Planstellen voll umfänglich besetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag transparent darzulegen, wie viele der 1.079 im Nachtragshaushalt beschlossenen Planstellen bisher an den unterschiedlichen Schularten zum Stichtag 1. Juni 2016 bereits besetzt wurden
- unverzüglich einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, wie der weiterhin vorhandene hohe Unterrichtsausfall an allen Schularten deutlich reduziert werden kann. Dabei sollen auch eine zehnprozentige Erhöhung der Mobilen Reserve an Grund- und Mittelschulen sowie der integrierten Lehrerreserve an den weiterführenden Schulen Gymnasium, Realschule, Berufliche Oberschule und den beruflichen Schulen enthalten sein.

Begründung:

Bereits in einem Dringlichkeitsantrag vom 26. März 2015 unter Drucksachennummer 17/5882 hat die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion eine zehnprozentige Erhöhung der Mobilen Reserven gefordert, um auf den realen Bedarf an den Schulen jederzeit und flexibel reagieren zu können. Leider ist seitdem diesbezüglich wenig passiert und der Unterrichtsausfall ist weiterhin deutlich zu hoch, wie auch aktuelle Presseveröffentlichungen von Lehrerverbänden darlegen. Zudem sind im Grund- und Mittelschulbereich derzeit über 22.000 und im Bereich der beruflichen Schulen über 41.000 Flüchtlingskinder zusätzlich zu beschulen. Deshalb gilt es unverzüglich dem Landtag darzustellen, ob die 1.079 im Nachtragshaushalt beschlossenen Planstellen bereits besetzt werden konnten und welche Maßnahmen die Staatsregierung vorsieht, um den hohen Unterrichtsausfall zu bewältigen.